

Ludwig-Erhard-Stiftung

Vorweg: **Kurze Beschreibung der Organisation** und ihrer Relevanz (im Lobbypedia-Kontext)

Ludwig-Erhard-Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Verbreitung marktliberaler Ideen
Gründungsdatum	1967
Hauptsitz	Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung	2
3 Vorstand der Stiftung	2
4 Lobbystrategien und Einfluss	3
5 Fallstudien und Kritik	3
6 Weiterführende Informationen	3
7 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde 1967 durch den früheren Bundeskanzler Ludwig Erhard in Bonn gegründet. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ (seit 1979), das Jugendmagazin „Im Klartext“ sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Die Stiftung vergibt Preise für Wirtschaftspublizistik sowie für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft. Der Etat wird laut Vereinssatzung aus dem Stiftungsvermögen, durch freiwillige Beiträge und durch Spenden finanziert. Für den jährlich aufzustellenden Jahresabschluss und Geschäftsbericht besteht keine Publikationspflicht.

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht eindeutig. Zum Teil wird unter ihr die von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack entwickelte wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Andere verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft die sich aus dieser Konzeption im Wege von politischen Kompromissen herausgebildete Realität des Sozialstaats mit wirtschaftlicher Globalsteuerung, einem System der sozialen Sicherung und einer breiten Streuung des Eigentums. In dem auf der Website der Stiftung veröffentlichten „Lebenslauf Ludwig Erhard“ ^[1] wird auf Erhards Überzeugung hingewiesen, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein müsse. Marktwirtschaft fördere die Effizienz der Wirtschaft. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft habe dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit der Herstellung und Vervollkommen der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Lage der Bevölkerung verbessere und sich „Wohlstand für alle“ ausbreite. Heute plädierten Wissenschaftler für eine prinzipielle marktwirtschaftliche Politik ohne soziale Rücksichtnahmen. Politiker, die solchen Empfehlungen folgten, spürten jedoch schnell die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Bevölkerung.

In den Stellungnahmen der Stiftung finden sich keine Aufforderungen zu sozialer Rücksichtnahme oder gar zu staatlichen sozialen Korrekturen. Vielmehr wird im Einklang mit vielen anderen neoliberalen Denkfabriken und Netzwerken der Markt als Allheilmittel propagiert, den es gilt, mit Privatisierungen und Deregulierungen möglichst weitgehend durchzusetzen. Hans D. Barbier, der Vorsitzende des Vorstands der Stiftung, hat diesen Gedanken im Hinblick auf die Sozialpolitik wie folgt formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft“. ^[2]

Vorstand der Stiftung

Vorsitzender des Vorstands: Hans D. **Barbier** Barbier begann seine journalistische Laufbahn als Redakteur in der Börsenredaktion der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), arbeitete dann zwölf Jahre lang als Parlamentskorrespondent bei der Süddeutschen Zeitung und kehrte 1968 als Ressortleiter Wirtschaft zur FAZ zurück. 2002 gab er die Leitung des Wirtschaftsressorts ab. Seitdem schreibt er Kolumnen für die FAZ und das Wirtschaftsmagazin Capital. Seit 2003 ist er Chefredakteur und geschäftsführender Herausgeber der FDP-nahen **Friedrich Naumann Stiftung**. Er hat den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik, den Publizistik-Preis der **Friedrich August von Hayek Stiftung** und die Alexander-Rüstow-Plakette der **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft** erhalten.

Stellvertretende Vorsitzende:

Ullrich **Blum**, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, der Anfang September 2011 nach Vorwürfen über unzureichende wissenschaftliche Leistung seinen Rücktritt angeboten hat ^[3]

Otmar **Franz**, war Vorsitzender der Geschäftsleitung der Klöckner-Industrieanlagenbau und Mitglied des Konzernvorstands Klöckner & Co. AG sowie Vorstandsvorsitzender der Strabag AG und Abgeordneter der CDU im Europäischen Parlament

Michael **Fuchs**, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des Bundesvorstands der CDU

Thomas **Hertz**, ehemaliger Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Christian **Watrin**, emeritierter Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, von 2000 bis 2002 Präsident der **Mont Pèlerin Society**, dem bedeutendsten neoliberalen Elitenetzwerk der Welt, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich August von Hayek Gesellschaft, die mit der **Friedrich August von Hayek Stiftung** kooperiert

In der Friedrich August von Hayek Gesellschaft/**Friedrich August von Hayek Stiftung**, mit denen ein Teil des Vorstands sowie einige Mitglieder vernetzt sind, haben sich die neoliberalen Fundamentalisten organisiert. Für Hayek ist soziale Gerechtigkeit nur ein gefährlich populistischer Begriff. Wenn soziale Gerechtigkeit durch den Staat mittels Gesetzen (in der Terminologie von Hayek „mit Zwang“) eingeführt wird, muß dies sogar bekämpft werden: „Womit wir es im Falle der 'sozialen Gerechtigkeit' zu tun haben, ist einfach ein quasi-religiöser Aberglaube von der Art, dass wir ihn respektvoll in Frieden lassen, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht, den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang anzuwenden.“^[4]

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder
erkennbare Konstanten, Einflusstategien
Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ abgerufen am 18. September 2011
2. ↑ Zitiert in der Laudatio von Hans Tietmeyer auf Hans D. Barbier als Preisträger 2001 der **Friedrich August von Hayek Stiftung**, veröffentlicht auf der Website der **Hayek-Stiftung**
3. ↑ **Wirtschaftsforschung IWH-Chef Ulrich Blum tritt zurück**, FAZ vom 7. September 2011, Website FAZ, abgerufen am 18.9.2011
4. ↑ Recht, Gesetz und Freiheit, Bd. 2, Landsberg 1981, S. 98